Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 13. November 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 16. November 2026
Fokusthema: **Bildung**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag zunächst mit drei Geschäften befassen, die er in der letzten Sitzung nicht mehr behandeln konnte. Dabei geht es um die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich, die Aufgabenhilfe und die Klassengrössen an der Volksschule. Frühestens ab 10.30 Uhr wird der Rat als Einschub eine dringliche Interpellation zu Verzögerungen bei der Genehmigung von Lärmschutzsanierungen behandeln. Weitere Geschäfte betreffen die Finanzierung der familienergänzenden Betreuung und die frühe Deutschförderung sowie die Interessenbindungen der Mitglieder des Bildungsrates. Falls danach noch Zeit bleibt, wird der Rat weitere Vorstösse behandeln, welche die Bildungsdirektion betreffen.

Ausbildung an der PHZH soll flexibler werden
Eine ausführlichere Debatte dürfte es über die Weiterentwicklung der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) geben. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat zwar einstimmig, einer entsprechenden Änderung des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule und des Lehrpersonalgesetzes zuzustimmen (6068). Künftig sollen Personen mit Berufsmaturität ohne Ergänzungsprüfung zum Studium für die Primarstufe zugelassen werden. Zudem sollen die Ausbildung generalistischer gestaltet, der Präsenzunterricht reduziert und vermehrt E-Learning ermöglicht werden. Studierende sollen auch auf eine zweite Fremdsprache verzichten und ausserkantonal absolvierte Praktika anrechnen lassen können. Weiter soll der Kanton mehr Handlungsspielraum bei der Ausbildung in Heil- und Sonderpädagogik erhalten. Umstritten ist aber insbesondere der erleichterte Zugang zum Studium für Personen mit Berufsmaturität. Eine Kommissionsminderheit (Grüne, Mitte) möchte an der bisherigen Ergänzungsprüfung festhalten. Sie befürchtet eine hohe Abbruchquote bei Studierenden ohne ausreichende Vorbildung und verweist darauf, dass die Abschlüsse bei einem erleichterten Zugang nicht national anerkannt wären. Die Mehrheit hält dagegen, dass für den Lehrberuf neben dem Fachwissen insbesondere die persönliche Eignung und Reife entscheidend seien. Berufserfahrung sei deshalb entsprechend zu gewichten.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Keine Pflicht für kostenlose Aufgabenhilfe
Mit 9 zu 6 Stimmen beantragt die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) dem Kantonsrat, die parlamentarische Initiative betreffend «Individuelle Lernzeit statt Hausaufgaben» abzulehnen (KR-Nr. 107/2025). SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler fordert damit, dass alle Gemeinden unentgeltliche, von Fachpersonen betreute Aufgabenstunden oder im Stundenplan integrierte individuelle Lernzeiten anbieten müssen. Die Kommissionsmehrheit lehnt die PI ab, weil viele Gemeinden entsprechende Angebote bereits bereitstellten und eine solche Verpflichtung in die Gemeindeautonomie eingreifen würde. Die Minderheit (SP, Grüne, EVP) möchte die Initiative hingegen umsetzen. Ob ein Kind bei den Hausaufgaben Unterstützung erhält, dürfe nicht davon abhängen, welche Angebote seine Wohngemeinde bereitstellt oder wie viel Unterstützung es zu Hause erhält.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit: Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 043 377 05 38

Postulat zu flexibleren Klassengrössen abschreiben
Kaum Opposition dürfte die Abschreibung des Postulats betreffend «Mehr Flexibilität bei den Klassengrössen» auslösen. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 294/2022). Mit dem Vorstoss von SP, GLP und EVP wurde verlangt, Grundlagen zu erarbeiten, damit Schulbehörden und Schulleitungen die Klassengrössen flexibler gestalten können. Die Bildungsdirektion konnte in der Kommission aufzeigen, dass die bestehenden gesetzlichen Grundlagen dies bereits ermöglichen. Zudem stehen Behörden und Schulleitungen online Informationen über die pädagogischen Möglichkeiten verschiedener Modelle zur Verfügung.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Dringliche Interpellation zu Verzögerungen bei Lärmschutzsanierungen
Frühestens ab 10.30 Uhr wird der Kantonsrat als Einschub eine dringliche Interpellation betreffend «Regierungsrätlicher Genehmigungsstau bei Lärmschutzsanierungen» behandeln. SP-Kantonsrat Nicola Siegrist möchte mit Unterstützung von GLP, Grünen und AL wissen, weshalb die Stadt Zürich teilweise seit über einem Jahr auf die Genehmigung von insgesamt 24 Strassenbauprojekten wartet. Gemäss der Interpellation beinhalten 21 dieser Projekte lediglich Verkehrsvorschriften und keine baulichen Massnahmen. Die Interpellanten befürchten, dass die Verzögerungen die Koordination von Lärmschutzsanierungen mit anderen Bauarbeiten erschweren und dadurch zusätzliche Baustellen und Mehrkosten entstehen könnten. Sie möchten unter anderem wissen, weshalb die Kantonspolizei eine erneute Einreichung der Projekte verlangt und bis wann der Genehmigungsstau abgebaut sein wird (KR-Nr. 399/2026). Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh wird die Fragen im Rat beantworten. Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

Nicola Siegrist (SP, Zürich), 078 944 01 00

Stärkere Beteiligung an den Kosten der familienergänzenden Betreuung
Eine längere Debatte dürfte es über eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) geben. Gemeinden und Kanton sollen die Eltern stärker von den Kosten der familienergänzenden Betreuung von Kindern im Vorschulalter entlasten. Zudem soll die frühe Deutschförderung ausgebaut werden. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) unterstützt eine entsprechende Vorlage (5850). Mit der Gesetzesänderung sollen drei Motionen von SP, GLP, Grünen, EVP und AL umgesetzt werden. Die KBIK-Mehrheit erachtet eine Kostenübernahme von mindestens 20 Prozent durch die Gemeinden als eine moderate Erhöhung der bisherigen durchschnittlichen Beteiligung von 15 Prozent. Der Kanton soll die Gemeinden mit Subventionen von bis zu 50 Prozent der Kosten unterstützen können. Die Gemeinden sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob sie die Eltern oder die Betreuungseinrichtungen direkt finanziell unterstützen. Bei der frühen Deutschförderung sollen die Gemeinden ihr Angebot ausbauen und dafür ebenfalls Beiträge des Kantons erhalten können. Die Minderheit (SVP, FDP) beantragt primär aus Kostengründen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie folgt dem Antrag des Regierungsrates. Weitere Minderheitsanträge betreffen die Höhe der kantonalen Subventionen. Eine Minderheit (SVP, FDP) möchte diese auf maximal 15 Prozent beschränken, eine andere (SP) verlangt eine fixe Kostenbeteiligung des Kantons von 50 Prozent. Umstritten sind zudem die Unterstützung der frühen Deutschförderung, die Berücksichtigung von Kindern mit erhöhtem Betreuungsbedarf und die Voraussetzungen für Beiträge an die familienergänzende Betreuung.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
Minderheit SVP, FDP, Mitte: Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), 079 501 05 58
Minderheit SP, Grüne, EVP: Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 079 511 86 56

Keine Gesetzesänderung für mehr Transparenz beim Bildungsrat
Rasch behandelt werden dürfte die parlamentarische Initiative betreffend «Transparenz und Interessenbindungen der Bildungsrätinnen und Bildungsräte». Die Kommission für Bildung und

Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, diese abzulehnen (KR-Nr. 258/2025). FDP, SVP, GLP und Mitte wollten mit einer Änderung des Bildungsgesetzes mehr Transparenz über die Tätigkeiten und Interessenbindungen sowie eine direkte Kontaktmöglichkeit zu den Mitgliedern des Bildungsrates schaffen. Die Kommission ist jedoch der Ansicht, dass sich die nötige Transparenz bereits durch Anpassungen und eine regelmässige Aktualisierung der Website des Bildungsrates erreichen lässt. Auch eine direkte Kontaktmöglichkeit erachtet sie als wenig praxisnah. Die bestehende zentrale E-Mail-Adresse stelle sicher, dass Anliegen an die zuständigen Personen weitergeleitet und fehladressierte Anfragen aussortiert werden. Zudem diene sie dem Persönlichkeitsschutz der Mitglieder des Bildungsrates.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zur Finanzierung der Volksschule und zur frühen Deutschförderung
Sollte die Zeit reichen, wird sich der Kantonsrat mit weiteren Vorstössen befassen, welche die Bildungsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrat Urs Glättli fordert mit der Motion betreffend «Kostenteiler den Entwicklungen anpassen», dass der Kanton künftig 30 statt wie bisher 20 Prozent der Lohnkosten der Volksschullehrpersonen übernimmt. Die Gemeinden sollen entsprechend noch 70 Prozent tragen (KR-Nr. 203/2026). Die Forderung wird damit begründet, dass der Kanton immer mehr Vorgaben für die Volksschule mache, während die Gemeinden den grössten Teil der Kosten tragen müssten. Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Er erachtet die geltende Kostenverteilung und den Finanzausgleich als zweckmässig und verweist darauf, dass in den vergangenen Jahren insgesamt eher finanzielle Lasten von den Gemeinden zum Kanton verschoben worden seien.

GLP-Kantonsrätin Nadia Koch möchte mit Unterstützung von Mitte und EVP die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen bereits vor dem Kindergarteneintritt zur Teilnahme an einem Deutschförderangebot verpflichtet werden können. Die Gemeinden sollen selber entscheiden können, ob und wie sie den Sprachstand erheben und entsprechende Angebote bereitstellen (KR-Nr. 283/2026). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Er unterstützt zwar das Anliegen der frühen Sprachförderung, möchte aber freiwilligen und familienorientierten Angeboten den Vorrang geben. Zudem hält er für eine Verpflichtung einheitliche kantonale Standards und eine gesicherte Finanzierung für notwendig.

Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48
Nadia Koch (GLP, Rümlang), 079 461 37 55

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12